Newsletter

Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung
für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

Foto: Fotostudio Liebhardt

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Mitglieder der jüdischen Gemeinden,

in den letzten Wochen wurden wir Zeugen einer erneuten Eskalation im Nahen Osten, ausgelöst durch die terroristischen Raketenangriffe der Hamas auf Israel. Bei Demonstrationen waren nicht nur anti-israelische Parolen zu hören und Plakate zu sehen – auch in Deutschland wurden sogar jüdische Einrichtungen angegriffen. Damit sind die Grenzen der für uns alle so wichtigen Meinungsfreiheit klar überschritten. Für Antisemitismus und Israel-Hass darf es in unserem Land keinen Platz geben!

Wir konnten aber auch deutliche Zeichen der Solidarität mit Israel und mit Jüdinnen und Juden wahrnehmen, etwa bei Kundgebungen in München und Nürnberg.

Jüdisches Leben war, ist und bleibt ein essentieller Bestandteil der Gesellschaft in Bayern und Deutschland. Dies wird bei den vielen Veranstaltungen deutlich, mit denen wir im Rahmen des Festjahrs 2021 auf 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland blicken, auf seine Gegenwart und Zukunft.

Wir hoffen, dass diese Veranstaltungen angesichts sinkender Inzidenzwerte der Corona-Pandemie nun bald wieder analog stattfinden können, und dass wir die Gelegenheit zu persönlichem Austausch haben werden. Für alle Ihre Vorhaben wünsche ich Ihnen besten Erfolg und vor allem Gesundheit!

Ihr

Dr. Ludwig Spaenle, MdL

In dieser Ausgabe lesen Sie: ***Seite***

Vorwort zur Eskalation im Nahen Osten *Titelseite*
60 Jahre Eichmann-Prozess - Bayerische Schüler starten mit Projekten zur Erinnerung an einen der bedeutendsten Prozesse der Rechtsgeschichte *2*
Institut für Zeitgeschichte mit der Erstellung eines Gutachtens beuftragt *4*
„Reden über die Oberammergauer Passion - Herausforderung Antisemitismus“ im Münchener Volkstheater *5*
1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland - Das Festjahr in Bayern - Aktuelle Meldungen *6*
Eine der bedeutendsten Persönlichkeiten Deutschlands - Regierungsbeauftragter Dr. Spaenle schlägt Fritz Bauer zur Aufnahme in die Walhalla vor *7*
Zur schulischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus *8*
Impressum *8*

60 Jahre Eichmann-Prozess - Bayerische Schüler starten mit Projekten zur Erinnerung an einen der bedeutendsten Prozesse der Rechtsgeschichte

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

© Bilder Yad Vashem

Der bayerische Justizminister Georg Eisenreich und der Antisemitismusbeauftragte Dr. Ludwig Spaenle haben gemeinsam ein Projekt mit bayerischen Schülern zur Erinnerung an die Bedeutung des Eichmann-Prozesses gestartet.

Vor 60 Jahren wurde dem SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann in Jerusalem der Prozess gemacht wegen Verbrechen gegen das jüdische Volk und gegen die Menschlichkeit. Das Urteil eines Rechtsstaates gegen den Täter eines Unrechtsstaates: Tod durch den Strang. Mit diesem Prozess rückte der Mord an Millionen Juden in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit.

Zur Erinnerung daran fand Anfang Mai in München die Auftaktveranstaltung statt mit Israels Generalkonsulin Sandra Simovich, Staatsminister Georg Eisenreich, Dr. Ludwig Spaenle statt, sachkundig moderiert durch den Referatsleiter für Erinnerungskultur im Kultusministerium, Werner Karg. Staatsminister Eisenreich hob dabei den Wert des Rechtsstaats hervor: „Der Prozess gegen Adolf Eichmann mahnt uns alle, dass Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte nicht selbstverständlich sind, sondern Tag für Tag verteidigt werden müssen.

Es ist wichtig, sich schon in jungen Jahren mit dem NS-Unrecht und den Grundwerten unserer Demokratie auseinanderzusetzen. Ich freue mich sehr, dass sich so viele Schülerinnen und Schüler beteiligen wollen.“ Generalkonsulin Simovich betonte die Bedeutung der Einfühlung: „Für jüngere Generationen muss der Holocaust in einer Art und Weise gelehrt werden, die Empathie erlaubt. Für mich sind gerade die Zeugenaussagen der Holocaust-Überlebenden während des Eichmann-Prozesses einzigartige Quellen, um ihre individuellen Schicksale unmittelbar zu erfahren.“ Prof. Dr. Safferling, Lehrstuhlinhaber für Strafrecht, Strafprozessrecht, Internationales Strafrecht und Völkerrecht der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, setzte in seinem Vortrag das Gerichtsverfahren in den historischen Kontext und betonte dessen Bedeutung für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.
Im Mittelpunkt standen Schülergruppen von vier bayerischen Schulen: das Gymnasium Fränkische Schweiz in Ebermannstadt, das Otto-von-Taube Gymnasium in Gauting, die Orlando-Di-Lasso Realschule in Maisach und das Wilhelmsgymnasium in München. Sie arbeiten seit diesem Frühjahr unter dem Titel „60 Jahre Eichmann-Prozess – Vergangenheit mahnt, die Gegenwart darf nicht schweigen um der Zukunft willen!“ an Projekten zum Prozess. Die Schüler befassen sich dabei mit dem Eichmann-Prozess selbst aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Kritisch betrachten sie dabei auch die deutsche Nachkriegsgeschichte: Am Beispiel des NS-Juristen Hans Globke, der später im Bundeskanzleramt tätig war, wie auch von Fritz Bauer, dem hessischen Generalstaatsanwalt, der den israelischen Geheimdienst über den Aufenthaltsort von Eichmann informierte, gehen sie auf wichtige Figuren der deutschen Nachkriegsgeschichte ein und nehmen die Bedeutung dieses Prozesses für das Geschichtsbewusstsein Jugendlicher heute in den Blick. Die Ergebnisse werden die Schülerinnen und Schüler im November in einer zweiten Veranstaltung präsentieren.
Schon jetzt sehen die Initiatoren mit freudiger Erwartung den Präsentationen der Schülerinnen und Schüler im November entgegen. Der Beauftragte Dr. Spaenle fasste zusammen: „Nur mit Bildung und Wissen können wir nachhaltig Judenhass und Antisemitismus entgegenwirken. Gerade über die Schulen können wir die jungen Menschen erreichen, sie über die grausamen Verbrechen informieren, die gerade in der NS-Diktatur in deutschem Namen an Jüdinnen und Juden begangen wurden. Wir dürfen aber auch 76 Jahre danach nicht unsere Augen davor verschließen, dass der Antisemitismus in bedrohlicher Form neu sichtbar wird. Unser Schülerprojekt kann dazu einen kleinen Beitrag leisten.“ co

Die Veranstaltung steht auf YouTube zur Verfügung unter: https://www.youtube.com/watch?v=wQGxVAbuEhE

Institut für Zeitgeschichte mit der Erstellung eines Gutachtens zu Otto Palandt und Heinrich Schönfelder beauftragt

Bürgerliches Gesetzbuch „Palandt“ und die Gesetzessammlung „Schönfelder“

Das Bayerische Staatsministerium der Justiz hat, auch dank Vermittlung des Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, mit dem Institut für Zeitgeschichte (lfZ) eine Kooperationsvereinbarung zur Durchführung einer Studie über Otto Palandt und Heinrich Schönfelder geschlossen.

Generationen von Juristen in Deutschland sind der wohl wichtigste Kurzkommentar des Bürgerlichen Gesetzbuchs „Palandt“ und die Gesetzessammlung „Schönfelder“ ein Begriff. In der Ausbildung und Prüfung in ihrem Berufsalltag u. a. bei Gerichten und Staatsanwaltschaften, bei Behörden oder in Rechtsanwaltskanzleien und Unternehmen werden diese Werke verwendet.

Der Beck‘sche Kurzkommentar und die ebenfalls vom Verlag CH. Beck OHG herausgegebene Gesetzessammlung tragen noch immer die Namen der Juristen Otto Palandt und Heinrich Schönfelder, die während der Zeit des Nationalsozialismus als Herausgeber der beiden Werke fungierten. Dies wird in der Öffentlichkeit schon seit längerem kritisch diskutiert.

Sowohl der Justizminister Georg Eisenreich als auch der Beauftragte für jüdisches Leben und Erinnerungsarbeit Dr. Ludwig Spaenle stehen überzeugt dafür ein, dass Deutschland eine besondere historische Verantwortung trägt. Daher ist es unerlässlich, dass das historische Bewusstsein für das nationalsozialistische Unrecht in allen Bereichen geschärft wird. Juristen kommt eine zentrale Funktion bei der Verwirklichung des demokratischen Rechtsstaats zu. Sie müssen sich stets der Verantwortung bewusst sein, die ihnen gegenüber den rechtsuchenden Bürgern und der Rechtsordnung obliegt. Der NS-Unrechtsstaat und die menschenverachtenden Verbrechen waren auch deshalb möglich, weil sich viele Juristen, die eigentlich Recht und Gesetz verpflichtet waren, in den Dienst des Regimes stellten. Wir müssen uns daher mit den gravierenden Folgen eines von rechtsstaatlichen und ethischen Maßstäben losgelösten juristischen Handelns auseinandersetzen.

Die Studie, die eine wissenschaftlich fundierte Bewertung der Personen Palandt und Schönfelder, ihres juristischen Wirkens und ihrer Rolle während der nationalsozialistischen Diktatur umfassen soll, wird je nach Datenlage bis zu zwölf Monate beanspruchen. co

„Reden über die Oberammergauer Passion - Herausforderung Antisemitismus“ im Münchener Volkstheater

v. l. n. r.:
Intendant des Volkstheaters Christian Stückl,
Rabbiner Prof. Dr. Walter Homolka,
Dr. Ludwig Spaenle, MdL, Staatsminister a.D.
Foto: Programm-Ankündigung Volkstheater

Die Vortrags- und Gesprächsrunde von und mit Dr. Spaenle findet wieder statt - im Münchner Volkstheater in der Brienner Str. 50
am 15. Juni 2021 um 20:00 Uhr

Teilnehmer der Gesprächsrunde sind neben dem Antisemitismusbeauftragten Dr. Spaenle der Intendant des Hauses Christian Stückl und der Rabbiner Prof. Dr. Walter Homolka aus Potsdam.

Christian Stückls vielbeachtetes und leidenschaftliches Engagement gegen christlichen Antijudaismus bei der Überarbeitung der Oberammergauer Passionsspiele steht entschieden gegen jede Form von Antisemitismus. Er leistet mit seiner Arbeit über die Welt des Theaters hinaus einen unverzichtbaren und unübersehbaren Beitrag gegen Judenhass in unserer Gesellschaft. Für sein Engagement wurde er mit dem Abraham-Geiger-Preis (2020) und der Buber-Rosenzweig-Medaille (2021) ausgezeichnet. Rabbiner Walter Homolka zeichnet sich durch sein engagiertes Eintreten für den Dialog zwischen den Religionen, aber auch mit der Gesellschaft aus. Er fordert bereits seit Jahren zur Wehrhaftigkeit gegen den „Bodensatz an braunem Schlamm“ auf und warnt vor offen kommuniziertem Judenhass in Politik und Gesellschaft, der „die Herzkammer der Demokratie“ bedroht.

Moderiert wird die Runde durch Susanne Hornberger. Sie ist neue Gesamtleiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung. co

Karten für die Veranstaltung können direkt über das Volkstheater München gebucht werden unter:

Link zur Veranstaltung:
https://www.muenchner-volkstheater.de/spielplan/konzerte-lesungen/reden-%C3%BCber-die-oberammergauer-passion

Bitte beachten Sie auch unmittelbar vor der Veranstaltung die aktuellen Vorgaben zum Corona-Konzept, die auf der Seite des Volkstheaters einsehbar sind.
Link Hygienemaßnahmen Zuschauer:
https://www.muenchner-volkstheater.de/service/corona

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland
Das Festjahr in Bayern - aktuelle Meldungen

Foto: CAHJP, D-PH-1305

Das Foto stammt vermutlich aus einem Fotoalbum der Familie Samuel Silbermann aus Oberelsbach oder Nordheim v. d. Rhön/Unterfranken. Heute lagert es mit den Beständen aus jüdischen Gemeinden in Bayern, Privatnachlässen und Inventaren in den Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem.

Im Rahmen des Festjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ sind 2021 bayernweit zahlreiche Veranstaltungen geplant, die jüdische Geschichte und Kultur in den Mittelpunkt stellen. Aufgrund der aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mussten jedoch bereits zahlreiche Termine verschoben werden. Andere Veranstaltungen können nur eingeschränkt bzw. digital stattfinden.

In Buttenwiesen (Landkreis Dillingen a. d. Donau) fand am Sonntag, 30. Mai, der erste von insgesamt vier Themensonntagen zu „370 Jahre jüdisches Leben in Buttenwiesen“ statt. Vor Ort konnte eine Freilichtausstellung sowie der jüdische Friedhof besichtigt werden. Die Podiumsdiskussion am 30. Mai ab 16 Uhr musste ohne Publikum stattfinden, wird aber auf der Homepage (www.lernort-buttenwiesen.de) sowie auf YouTube (unter „Lernort Buttenwiesen“) gestreamt und dort auch dauerhaft abrufbar sein.

Eine besondere Eröffnung ist für den 13. Juni in der Gemeinde Untermerzbach in Unterfranken geplant: Dort wird nach der Instandsetzung die ehemalige Synagoge Gleusdorf feierlich wiedereröffnet, die vermutlich kleinste Synagoge Deutschlands. Es handelt sich dabei pandemiebedingt um eine geschlossene Veranstaltung mit geladenen Gästen, bei der neben Dr. Josef Schuster auch der Beauftragte für jüdisches Leben Dr. Ludwig Spaenle ein Grußwort sprechen wird. Die Synagoge soll mit ihrem Nebengebäude, der früheren jüdischen Schule, künftig als Lern- und Erlebnisort dienen.
Eine Ausstellung im mittelfränkischen Georgensgmünd zeigt ab dem 4. Juli die Geschichte des dortigen Toravorhangs, der nach über 80 Jahren in die ehemalige Synagoge zurückgekehrt ist. An der Eröffnung wird auch Dr. Ludwig Spaenle teilnehmen.

cb

Videoaufzeichnungen der bisherigen Veranstaltungen mit Beteiligung des Beauftragten können Sie in einer Auswahl auf unserer Homepage ansehen: https://www.antisemitismusbeauftragter.bayern.de/videos/

Weitere Informationen zu den kommenden Veranstaltungen in Bayern finden Sie unter: https://www.antisemitismusbeauftragter.bayern.de/termine/kategorie/veranstaltungen-festjahr-2021/

Bitte beachten Sie, dass sich bei den einzelnen Terminen kurzfristig Änderungen ergeben können.
Die Geschäftsstelle hat zum Festjahr einen Flyer mit weiteren Infos herausgegeben, den Sie unter folgendem Link herunterladen können:
https://www.antisemitismusbeauftragter.bayern.de/1700-jahre-juedisches-leben-in-deutschland/

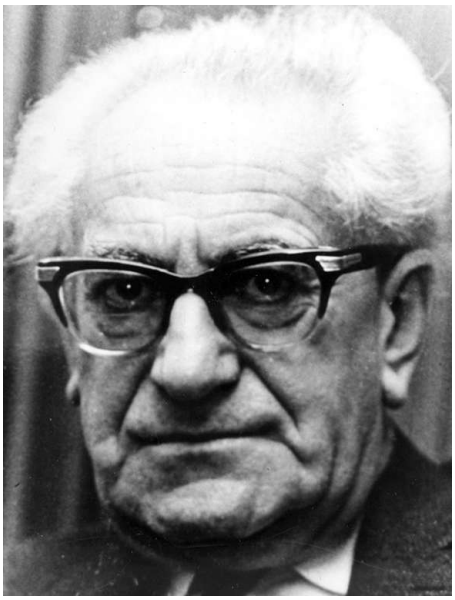
Eine der bedeutendsten Persönlichkeiten Deutschlands

Regierungsbeauftragter Dr. Spaenle schlägt Fritz Bauer zur Aufnahme in die Walhalla vor

Bayerns Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, Dr. Ludwig Spaenle, hat Wissenschaftsminister Bernd Sibler gebeten, den Juristen Fritz Bauer (1903-1968), der wesentlich verantwortlich für die Aufarbeitung der Verbrechen des SS-Mannes Adolf Eichmann war, in die nationale Gedenkstätte Walhalla aufzunehmen. Der Wissenschaftsminister solle das notwendige Verfahren bei der Akademie der Wissenschaften in Gang setzen. „Fritz Bauer gehört zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland, seine Aufnahme in die Walhalla wird ein Signal in der Aufarbeitung des Unrechts des Dritten Reichs setzen“, so Dr. Spaenle.

Der Prozess gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann in Israel, der maßgeblich an der Verfolgung, Deportation und Ermordung von Juden beteiligt war, hat dieses Jahr sein 60jähriges Jubiläum. Eichmann wurde von dem Gericht in Jerusalem zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Fritz Bauer, der selbst einer jüdischen Familie entstammte, studierte Jura und wurde 1928 jüngster Amtsrichter in der Weimarer Republik. Der Sozialdemokrat wurde durch die Nationalsozialisten in verschiedenen Konzentrationslagern interniert, konnte aber durch Flucht nach Skandinavien dem Zugriff der Nazis entweichen. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde er 1950 Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Braunschweig und 1956 Generalstaatsanwalt des Landes Hessen. Fritz Bauer gilt als „zentrale Figur der Aufarbeitung der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik“. Gegen massive Widerstände aus Justiz, Politik und Gesellschaft engagierte er sich in der juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen. So sorgte er als Ankläger im sogenannten Remer-Prozess in Braunschweig für die Rehabilitierung der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Er initiierte auch den Auschwitz-Prozess in Frankfurt 1963 und war maßgeblich an der Entdeckung und Entführung des Kriegsverbrechers Adolf Eichmann von Argentinien nach Israel 1960 beteiligt, die den oben angesprochenen Prozess ermöglichte. Für Ludwig Spaenle lenkte der Eichmann-Prozess die „weltweite Aufmerksamkeit auf die verbrecherische Dimension der Shoa und erbrachte ein Gesamtbild des unvergleichlich monströsen Verbrechenscharakters der NS-Gewaltherrschaft“. Da könne Bayern mit der Aufnahme in die historische Hall of Fame für Deutschland, die Walhalla, ein wichtiges Signal setzen. lu



Generalstaatsanwalt Fritz Bauer
Foto: Fritz Bauer Institut / A. Mergen

Beauftragter
der Bayerischen Staatsregierung
für jüdisches Leben und gegen
Antisemitismus,
für Erinnerungsarbeit
und geschichtliches Erbe

Dr. Ludwig Spaenle
Staatsminister a.D.

ANSCHRIFT:
Jungfernturmstraße 1
80333 München

TELEFON:
(089) 2186 2424

FAX:
(089) 2186 2849

E-MAIL:
Antisemitismusbeauftragter@stmuk.bayern.de

INTERNET:
www.Antisemitismusbeauftragter.bayern.de

PRESSE:
Presse.Antisemitismusbeauftragter@stmuk.bayern.de

Verantwortlich:
Dr. Ludwig Spaenle, MdL,
Staatsminister a.D.

Redaktion:
Ulrich Fritz
Dr. Ludwig Unger

Beiträge:
Claudia Binswanger
Claudia Oertel
Dr. Robert Sigel
Dr. Ludwig Unger

Bildnachweis:
Wie angegeben

Bildbearbeitung und Gestaltung:
Elke Kapell

Newsletter 3/2021

Zur schulischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus

Zu den Aufgaben der KMK, der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, wie ihr vollständiger Name lautet, gehört es, in den Angelegenheiten von länderübergreifender Bedeutung für das notwendige Maß an Gemeinsamkeit zu sorgen. Dass die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in den Schulen von länderübergreifender Bedeutung ist, steht außer Frage. Aus dieser Überzeugung heraus hatte im Juni 2019 Dr. Ludwig Spaenle, der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, als damaliger Co-Vorsitzender der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten in Deutschland die Einrichtung eines Arbeitskreises bei der KMK angeregt, welcher eine Empfehlung für den schulischen Umgang mit Antisemitismus erarbeiten sollte. Im Januar 2020 trat ein Arbeitskreis zusammen, der aus Vertretern der KMK, des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten bestand. Im März 2021 beendete das Expertengremium seine Arbeit.
Die Empfehlung befasst sich mit der Ausbildung der Lehrkräfte ebenso wie mit deren Fort- und Weiterbildung, mit den notwendigen Maßnahmen der Schulverwaltung, mit Schulbüchern und anderen Bildungs- und Unterrichtsmaterialien. Sie widmet sich auch dem sogenannten case management, dem konkreten Umgang mit antisemitischen Vorfällen, Fragen der Intervention und gegebenenfalls Sanktion. Dass im Unterricht, in Bildung und Erziehung die Prävention im Vordergrund steht, braucht nicht betont zu werden. So zeigt sich der Antisemitismusbeauftragte Dr. Spaenle als Initiator sehr zufrieden mit dem Ergebnis: „Die gemeinsame Empfehlung zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule stellt einen echten Meilenstein dar: Die Ausbildung und Weiterbildung von Lehrkräften erhält zielgerichtete Hinweise, Intervention und Prävention werden als wesentliche Prinzipien im schulischen Leben verankert, alle Beteiligten im Bereich Schule werden sensibilisiert. Die KMK, der Zentralrat der Juden in Deutschland und die BLK geben damit einen wichtigen Anstoß für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus.“
Mit der offiziellen Annahme der Empfehlung 2021 wird die bundesweite schulische Auseinandersetzung mit Antisemitismus auf eine neue Grundlage gestellt werden. rs